

**Antrag**

Hannover, den 16.01.2019

Fraktion der SPD  
Fraktion der CDU**Chancen der Künstlichen Intelligenz in Niedersachsen ausbauen, Anwendungen in den Zukunftsbranchen fördern**

Der Landtag wolle beschließen:

## EntschlieÙung

Künstliche Intelligenz (KI) kann einen bedeutenden Beitrag zur Vereinfachung von Verfahren leisten und in ihrer datenbasierten Form die Diagnostik revolutionieren. Die digitale Transformation und die verstärkte Nutzung von KI- und Big-Data-Anwendungen führen dazu, dass rechtliche, wirtschaftliche und forschungspolitische Rahmenbedingungen hinterfragt und gegebenenfalls neu ausgerichtet werden müssen. Der Masterplan Digitalisierung sowie der Maßnahmenfinanzierungsplan zum „Sondervermögen zur Finanzierung des Ausbaus von Gigabitnetzen und der Beschleunigung von Digitalisierungsmaßnahmen“ stellen sicher, dass die für KI-Anwendungen notwendigen Übertragungsgeschwindigkeiten im Mobilfunk und im schnellen Internet bereitgestellt werden können.

Mit der Außenstelle des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI) an der Universität Osnabrück, dem An-Institut OFFIS in Oldenburg und dem Forschungszentrum L3S in Hannover verfügt Niedersachsen bereits über eine breite wissenschaftliche Kompetenz in den Bereichen KI und Big Data. Als Agrar- und Mobilitätsland ist Niedersachsen dafür prädestiniert, den Wissenstransfer der anwendungsorientierten Forschung unbürokratisch zu gestalten und Wertschöpfung in Niedersachsen zu sichern.

Vor diesem Hintergrund begrüÙt der Landtag

- die Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 25 Millionen Euro für das Zentrum für Digitale Innovation Niedersachsen (ZDIN),
- die Projektausschreibungen zu „Big Data in den Lebenswissenschaften“ im VW-Vorab,
- die Verankerung von Big-Data-Initiativen im Masterplan Digitalisierung,
- die am 5. September 2018 durch die Bundesregierung eingesetzte Datenethikkommission,
- die Unterzeichnung von Kooperationsabkommen zum Thema Big Data, z. B. zwischen der Leibniz-Universität Hannover und der Aalto-Universität Helsinki,
- die breit gefächerten Angebote zu Forschung und Lehre des KI-Campus der Universität Osnabrück mit bundesweit einmaligen Bachelor-, Master- und PhD-Programmen im Bereich Cognitive Science,
- die Aufnahme Niedersachsens in das Deutsche Zentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI).

Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung,

1. die niedersächsischen Hochschulen, insbesondere die Universitäten Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Osnabrück, bei der Stärkung der KI-Forschung zu unterstützen,
2. den weiteren Ausbau von KI-Forschungsschwerpunkten im Rahmen eines DFKI Niedersachsen an den Standorten Osnabrück und Oldenburg zu unterstützen,
3. die Bildung grenzüberschreitender Netzwerke zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz zu fördern,

4. die beim Digitalgipfel in Nürnberg im Dezember 2018 präsentierte Strategie Künstliche Intelligenz der Bundesregierung durch geeignete landespolitische Impulse zu ergänzen,
5. zu prüfen, wo und in welchem Umfang geförderte Big-Data-Zentren an Hochschulen oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen Gründungen und Innovation voranbringen können,
6. die Arbeit der Datenethikkommission zu beobachten, eine Übertragung von Empfehlungen und Erkenntnissen auf Niedersachsen zu prüfen und dem Ausschuss für Wissenschaft und Kultur bei Bedarf zu berichten,
7. bei der Ausschreibung von Digitalisierungsprofessuren Kompetenzen in den Bereichen Recht, Datensicherheit, Datenschutz und Ethik angemessen zu berücksichtigen,
8. bei der Entwicklung von Strategien zur Cybersicherheit die besonderen Herausforderungen in den Bereichen Big Data und KI-Anwendungen stärker zu berücksichtigen.

#### Begründung

Im Wettbewerb um KI-Anwendungen und KI-Forschung liegt Europa gegenüber den USA und asiatischen Konkurrenten wie China und Südkorea deutlich zurück. Während in den USA jährliche Investitionen in Künstliche Intelligenz von 23 Milliarden US-Dollar zu verzeichnen sind, werden in Europa lediglich umgerechnet 3 Milliarden US-Dollar aufgewendet. Bis zum Jahr 2023 rechnet die Bundesregierung mit Wohlstandsgewinnen durch Künstliche Intelligenz im Volumen von 32 Milliarden Euro. Um dieses Ziel zu erreichen, soll Deutschland zu einem Vorreiter in der Erforschung von KI-Anwendungen werden. Mit der Europäischen KI-Strategie, der hochrangigen Expertengruppe für Künstliche Intelligenz sowie der Europäischen KI-Allianz, der Strategie Künstliche Intelligenz sowie der Datenethikkommission sind im Jahr 2018 auf europäischer und auf Bundesebene wichtige Vorarbeiten geleistet worden, um die Wettbewerbsposition Europas im Bereich der Künstlichen Intelligenz nachhaltig zu stärken. Gleichwohl darf sich die Umsetzung nicht allein auf die Wirtschaftsförderung konzentrieren, sondern muss einem gemeinwohlorientierten Anspruch von KI gerecht werden.

Um im internationalen Wettbewerb weiter aufzuholen, sind neben den rechtlichen Rahmenbedingungen auch forschungs- und wirtschaftspolitische Kooperationen von großer Bedeutung. Grenzüberschreitende Kooperationen von Unternehmen ermöglichen Spezialisierungen und beugen einem potenziell ruinösen Wettbewerb in kleinen Nischenmärkten vor. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sind selten in der Lage, die für KI-Anwendungen notwendigen Investitionen eigenständig vorzunehmen. Daher ist zu prüfen, wie der Zugang für Unternehmen aus Handwerk und Mittelstand zu KI-Projekten erleichtert werden kann. Zur Stärkung der KI-Forschung ist der Ausbau grenzüberschreitender Forschungsk Kooperationen sinnvoll. Beispielgebend kann hierbei die im Jahr 2018 unterzeichnete Kooperation der Universitäten Hannover und Helsinki wirken.

Datenbasierte KI-Anwendungen stoßen in Deutschland vor allem aufgrund ungeklärter Fragen zur Datensicherheit auf Widerstand. Dabei geht es u. a. um die verlässliche Anonymisierung gesammelter Daten, die sichere Übertragung von Datenpaketen zwischen Big-Data-Rechenzentren und ihren Kunden und ethische Fragen insbesondere im Bereich der automatisierten Mobilität. Den neuen Herausforderungen in der Datenpolitik muss mit offenen und demokratisch kontrollierten Verfahren begegnet werden. Transparent gewonnene und allen zur Verfügung gestellte Daten sind die Basis von KI-Technologien. Bei der sozialen Ausgestaltung der Strategie gilt es, auf einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu achten. Technischer Fortschritt ist immer dann erfolgreich, wenn er mit sozialem Fortschritt einhergeht.

Für eine hohe Akzeptanz in der Gesellschaft müssen für den Einsatz von KI ethische Leitlinien definiert und verankert werden. Neben wirtschafts- und wissenschaftspolitischen Maßnahmen bedarf es einer neuen Weiterbildungsstrategie. Gleichzeitig ist zu gewährleisten, dass positive Effekte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, beispielsweise bei der Gestaltung und der Humanisierung der Arbeitswelt, berücksichtigt werden. Es soll gewährleistet werden, dass bei der Einführung von KI und der Konzeption von Leuchtturmanwendungen Impulse für mehr soziale Teilhabe und Inklusion sowie für einen größeren Nutzen für Umwelt und Klima gesetzt werden. Neben den ethischen Leitlinien kommt einer datenschutzkonformen Anwendung von KI-Systemen eine hohe Bedeutung

zu. Daten dürfen nicht unstrukturiert und willkürlich gesammelt, sondern müssen verlässlich anonymisiert und intelligent verwertet werden.

Je schneller eine KI-Anwendung eine Entscheidung treffen muss, desto wichtiger wird die Bereitstellung einer leistungsfähigen und verlässlichen Breitband- und Mobilfunkversorgung. Dies gilt in besonderem Maße für die Mobilitätswirtschaft. Angesichts einer Zunahme der Cyberkriminalität müssen Maßnahmen zur Stärkung der Cybersicherheit entschlossen vorangebracht werden. Da Big-Data- und KI-Anwendungen besonders verwundbar sind und ein Missbrauch umfangreicher Datenpakete einen verheerenden Vertrauensverlust in eine Zukunftstechnologie bewirken könnte, sollten diese Aspekte bei der Weiterentwicklung der Cybersicherheit stärker berücksichtigt werden.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Dirk Toepffer  
Fraktionsvorsitzender